

Einladung

Gremium: Kultur- und Sportausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 11.12.2006, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 06.12.2006

1. An die Mitglieder des Kultur- und Sportausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit der Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Vor der Sitzung des Kultur- und Sportausschusses soll um 15.00 Uhr eine Bereisung des Hallenbades im Palaisgarten erfolgen. Treffpunkt ist der Haupteingang.

Tagesordnung:

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung
- TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3** Sanierung des Sportplatzes Hahn-Lehmden (Minchenkroog) - Gestaltung und Ausstattung
Vorlage: 2006/211
- TOP 4** Freisportflächenentwicklungskonzept für die Gemeinde Rastede
Vorlage: 2006/214
- TOP 5** Sanierung der kleinen Sporthalle Feldbreite - Raumprogramm
Vorlage: 2006/215
- TOP 6** Bäderkonzept Hallenbad / Freibad
Vorlage: 2006/206
- TOP 7** Haushalt 2007 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2006/186
- TOP 8** Anfragen und Hinweise
- TOP 9** Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2006/211**

freigegeben am 28.11.2006

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 28.11.2006**Sanierung des Sportplatzes Hahn-Lehmden (Minchenkroog) - Gestaltung und Ausstattung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	11.12.2006	Kultur- und Sportausschuss
N	16.01.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei den weiteren Planungen für die Sanierung des Sportplatzes am Minchenkroog folgendes Anforderungsprofil zu berücksichtigen:

- Fußballfeld nach DIN (wird entsprechend saniert)
- Weitsprunganlage
- Kugelstoßanlage
- Flutlichtanlage (Kopfsanierung der vorhandenen Anlage)
- Laufbahn (Sanierung des Tennenbelages)
- Umzäunung (vorhanden)
- Toilettenanlagen für Frauen und Männer
- 2 Duschräume (für Gast- und Heimmannschaften)
- 4 Umkleieräume
- 1 Dusch- und Umkleieraum für Schiedsrichter kombiniert mit behindertengerechter Einrichtung
- 1 Besprechungsraum (max. 30m²)
- 1 Geräteraum zur Unterbringung von Sportgeräten
- 1 Geräteraum für Großgerät zur Sportplatzpflege

Sach- und Rechtslage:

Im Rahmen der Überlegungen zur Verlegung des Sportplatzes vom Minchenkroog zur Nelkenstraße wurde bereits im September 2004 (Vorlage-Nr. 2004/264) ein Gestaltungs- und Ausstattungskonzept beschlossen, dass nach Auffassung der Verwaltung in großen Teilen weiterhin Bestand hat. Bekanntlich wurde 2005 von den politischen Gremien nicht länger an einer Verlegung des Sportplatzes festgehalten und einer Grundsanierung des vorhandenen Platzes am Minchenkroog zugestimmt (Vorlage-Nr. 2005/277).

Am 18.09.2006 hat der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen (Vorlage-Nr. 2006/154) über das Sanierungskonzept der Verwaltung für den Sportplatz am Münchenkroog beraten, die Beschlussfassung wurde allerdings zurückgestellt. Die Verwaltung wurde beauftragt, unter Beteiligung des Kultur- und Sportausschusses das auf die neuen Verhältnisse angepasste Ausstattungskonzept und die voraussichtlichen Kosten zu beleuchten.

Durch die Beibehaltung von zwei Standorten für die Freisportanlagen in Hahn-Lehmden ergibt sich insbesondere hinsichtlich der Ausstattung des Umkleidegebäudes beim Münchenkroog ein etwas erweiterter Bedarf. Durch die räumliche Trennung können die bereits an der Nelkenstraße vorhandenen Vereinseinrichtungen nicht in vollem Umfang genutzt und in das Ausstattungskonzept einbezogen werden. Aus Sicht des Vereins TuS Lehmden wären zwei zusätzliche Umkleidekabinen für den parallel stattfindenden Spielbetrieb von Damen- und Herrenmannschaften und ein separater Besprechungsraum wünschenswert. Empfohlen wurde außerdem ein Kunststoffsegment im Bereich der Hochsprunganlage (dient als Multifunktionsanlage in der Größe eines Kleinspielfeldes), dafür hält der Verein das vorgesehene Beachvolleyballfeld für verzichtbar.

Somit ergibt sich für den Sportplatz folgendes Anforderungsprofil:

- Fußballfeld nach DIN (wird entsprechend saniert)
- Weitsprunganlage
- Kugelstoßanlage
- Flutlichtanlage (Kopfsanierung der vorhandenen Anlage)
- Laufbahn (Sanierung des Tennenbelages)
- Umzäunung (vorhanden)

Das Umkleidegebäude soll nun nachstehende Ausstattung erhalten:

- Toilettenanlagen für Frauen und Männer
- 2 Duschräume (für Gast- und Heimmannschaften)
- 4 Umkleideräume
- 1 Dusch- und Umkleideraum für Schiedsrichter kombiniert mit behindertengerechter Einrichtung
- 1 Besprechungsraum (max. 30m²)
- 1 Geräteraum zur Unterbringung von Sportgeräten
- 1 Geräteraum für Großgerät zur Sportplatzpflege

Aus Sicht der Verwaltung sind die Änderungswünsche des TuS Lehmden begründet und nachvollziehbar. Es wird daher vorgeschlagen, die Änderungswünsche bei der Sanierung der Sportanlage zu berücksichtigen. Erste Entwürfe werden im Rahmen der Sitzung vorgestellt. Die Detailplanungen erfolgen im Rahmen der anstehenden Beratungen des BauPlUmStA.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei den finanziellen Auswirkungen bleibt zunächst festzuhalten, dass genauere Kostenschätzungen erst vorgenommen werden können, wenn das dargestellte Sanierungs- und Ausstattungskonzept in die konkreten Fachplanungen einbezogen wird.

Die groben Schätzungen gehen davon aus, dass für die Sanierung der Rasenspielfläche einschließlich der Sanierung des Tennenbelages der Laufbahn und der Kopfsanierung der Flutlichtanlage ca. 251.000 EUR benötigt werden. Für die Herstellung einer Weitsprung- und Kugelstoßanlage in Verlängerung der Rundlaufbahn in Richtung Spielplatz Lerchenstraße und den Bau der Multifunktionsanlage aus Kunststoff fallen weitere Kosten in Höhe von ca. 165.000 EUR an. Für die Sanierung des Sportplatzes ist insgesamt von Aufwendungen in Höhe von 416.000 EUR auszugehen.

Die Kosten für das Umkleidegebäude belaufen sich auf voraussichtlich 425.000 EUR.

Die Gesamtmaßnahme ist somit mit ca. 841.000 EUR zu realisieren.

Die im Haushaltsentwurf 2007 bisher veranschlagten Mittel für die Sportplatzsanierung in Höhe von 225.000 EUR und für das Umkleidegebäude in Höhe von 395.000 EUR wären entsprechend anzupassen.

Seitens des TuS Lehmden besteht Bereitschaft, Teilarbeiten in Eigenleistung zu erbringen. Der leistbare Umfang wird frühzeitig mit dem Vereinsvorstand abgestimmt werden. In welchem Umfang dadurch Kosten gesenkt werden können, lässt sich zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Das Land Niedersachsen hat im Rahmen der Beratungen des Landeshaushaltes 2007 ein Sportstätten-sanierungsprogramm auf den Weg gebracht, das vom Landtag in der abschließenden Haushaltsberatung im Dezember beschlossen werden soll. Ob und in welchem Umfang die geplante Maßnahme der Gemeinde Rastede förderfähig ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt leider noch nicht geklärt werden.

Die erforderlichen Förderanträge beim Landkreis Ammerland werden gestellt, sobald der Gesamtmaßnahme durch die politischen Gremien zugestimmt wird. Eine Voranmeldung für den Kreishaushalt 2007 ist bereits erfolgt.

Anlagen:

keine

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2006/214

freigegeben am 29.11.2006

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 29.11.2006

Freisportflächenentwicklungskonzept für die Gemeinde Rastede

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

11.12.2006

Gremium

Kultur- und Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Ausgangssituation

In der Vergangenheit wurden Freisportflächen im Gemeindegebiet mehr oder weniger „auf Zuruf“ saniert oder ergänzt, das bedeutet, wenn konkreter Bedarf seitens der Schulen oder der Sportvereine angemeldet wurde, wurde reagiert. Heute verfügt die Gemeinde Rastede über eine Reihe moderner Sportstätten, die allerdings partiell in die Jahre gekommen sind. Durch die schnelle infrastrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung sind die Anlagen teilweise von ihrer ursprünglichen Ortsrandlage in Zentrumsnähe gerückt. Es bestehen kaum noch Freiräume, um die vorhandenen Einrichtungen sinnvoll zu sanieren, auszubauen oder zu erweitern.

Ein Freisportflächenentwicklungskonzept für das Gemeindegebiet soll helfen, alle Problemfelder zu beleuchten und konkrete Umsetzungsvorschläge einschließlich eines Zeitrasters und einer Finanzplanung zu entwickeln. Erste konzeptionelle Vorarbeiten wurden seitens der Verwaltung bereits entwickelt und werden im Folgenden erläutert.

Schulsport auf Freisportflächen

Die Grundschulen und der Sek. I Bereich der KGS nutzen nur relativ selten Freisportflächen und weichen überwiegend auf die vorhandenen, gedeckten Sportflächen aus. Unter Beibehaltung von zwei Sportstunden pro Woche (an den Schulen im Gemeindegebiet üblich) und unter Einbeziehung der Schwimmbäder sowie der Sporthallen kann der Schulsport auf den vorhandenen Anlagen ohne wesentliche Einschränkungen durchgeführt werden. Bei der weiteren Betrachtung der Versorgung der Gemeinde Rastede mit Freisportflächen stellen somit die Belange der Schulen kein Schwerpunktthema dar.

Demografische Entwicklung der Bevölkerung

Trotz aller Bemühungen der Gemeinde, die Bevölkerung in Rastede mindestens stabil zu halten, können bei den weiteren Fragen zur Notwendigkeit von Freisportflächen selbstverständlich die bundesweit prognostizierten Entwicklungen nicht außer acht gelassen werden. Unstrittig ist dabei sicherlich, dass die Bevölkerungszahl auch in Rastede mittel- bis langfristig mindestens stagnierend sein wird. Tendenziell ist außerdem erkennbar, dass das durchschnittliche Lebensalter steigt. Diese Entwicklung wird auch Auswirkungen auf die Vereinsstrukturen haben, die bei den weiteren Überlegungen zur Sportentwicklungsplanung zu berücksichtigen sind.

Summarische Auflistung der Freisportflächen

Derzeit verfügt die Gemeinde Rastede über folgende Freisportflächen:

Kernort Rastede

- Sportplatz Mühlenstraße mit Vereinseinrichtungen des FC Rastede
- Rennplatzgelände mit Umkleidegebäude
- Sportplatz Kleibrok
- Kunststoffplatz hinter der großen Sporthalle Feldbreite

Ortsteil Hahn-Lehmden

- Sportplatz beim Minchenkroog (wird 2007 saniert)
- Bolz- und Trainingsplatz Nelkenstraße mit Vereinseinrichtungen des TuS Lehmden

Ortsteil Wahnbek

- 2 Sportplätze mit Vereinseinrichtungen der Vereine TuS Wahnbek und Kickers Wahnbek
- Bolzplatz Sandbergstraße
- Skateboardanlage

Ortsteil Loy

- Sportplatz mit Vereinsanlagen des FC Loy
- Bolz- und Trainingsplatz des FC Loy (nur angepachtet)

Ortsteil Delfshausen

- Bolzplatz beim Kinderspielkreis/DGH

Ortsteil Nethen

- Bolzplatz hinter dem DGH
- Schützenplatz

Ortsteil Wapeldorf

- Bolzplatz (beim DGH)

Schwerpunkte des Vereinssports sind das Ortszentrum Rastede, die Ortsteile Hahn-Lehmden, Loy und Wahnbek.

Die weiteren konzeptionellen Überlegungen zur Freisportflächenentwicklungsplanung werden sich zunächst auf diese Bereiche konzentrieren.

Durch Vereine angesprochene Problemfelder:

Ortszentrum Rastede

Seitens des FC Rastede wird der Dialog mit der Gemeinde gesucht, um Ersatz für das seinerzeit aufgegebene Fußballfeld an der Schützenhofstraße zu erhalten. Kernforderung war und ist die Bereitstellung eines zusätzlichen Trainingsfeldes, möglichst in der Nähe des Sportplatzes Mühlenstraße.

Seitens des VfL ist mehrfach die Forderung nach zusätzlichen beziehungsweise verbesserten leichtathletischen Einrichtungen gestellt worden.

Ein weiteres wesentliches Problem besteht aus Sicht der Vereine darin, dass die steigende touristische Nutzung des Rennplatzgeländes (Großveranstaltungen) die Nutzungsmöglichkeiten für den Trainings- und Spielbetrieb immer stärker einschränkt.

Hahn-Lehmden

Die vom TuS Lehmden benannten Problemfelder wurden bereits im Rahmen der Überlegungen zur Umgestaltung der dortigen Freisportflächen umfassend erörtert. Da für diesen Bereich 2007 die Detailplanung und Umsetzung vorgesehen ist, wird auf eine Wiederholung an dieser Stelle verzichtet.

Wahnbek

In Wahnbek besteht auch fünf Jahre nach dem Bau des neuen Umkleidegebäudes und der Vereinsheime von TuS Wahnbek und Kickers Wahnbek zwischen den Vereinen eine "gewisse Grundspannung". Trotz der vorhandenen 6 Umkleidekabinen wurde von Kickers Wahnbek ein höherer Bedarf reklamiert. Von beiden Vereinen wird der Zustand des "oberen" Platzes moniert, der nach deren Auffassung einer vollständigen Sanierung bedarf. Eine weitere Forderung ist die Schaffung eines dritten Spielfeldes, mindestens aber eines Kleinspielfeldes.

Freisportflächenentwicklungsplanung aus Sicht der Verwaltung:

Problemfelder:

1. Demografische Entwicklung
2. Entwicklung/Umbruch innerhalb der Sportvereine
3. Schulische Belange
4. Zentralisierung – Dezentralisierung?
5. Tourismus/Großveranstaltungen – Nutzungseinschränkungen Rennplatzgelände

Fazit:

Die Verwaltung erwartet als Ergebnis des Freisportflächenentwicklungskonzeptes Aufschlüsse über den konkreten Bedarf an zusätzlichen Freisporteinrichtungen und den aktuellen Sanierungsbedarf im Gemeindegebiet. Das Für und Wieder einer zentralen Sporteinrichtung in Ortskernnähe soll umfassend betrachtet werden, um die Voraussetzungen für weitere politische Entscheidungen zu schaffen. Als letzter Schritt wird die Umsetzung des Freisportflächenentwicklungskonzeptes durch ein konkretes Zeit- und Maßnahmenraster dargestellt werden.

Die Verwaltung wird 2007 ein Freisportflächenentwicklungskonzept für die Gemeinde Rastede, insbesondere den Kernort, entwickeln.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Rahmen der Erstellung des Freisportflächenentwicklungskonzeptes werden Aussagen über die zu erwartenden Kosten gemacht, die zu gegebener Zeit in das Investitionsprogramm der Gemeinde Rastede aufgenommen werden können.

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2006/215

freigegeben am 29.11.2006

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 29.11.2006

Sanierung der kleinen Sporthalle Feldbreite - Raumprogramm

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	11.12.2006	Kultur- und Sportausschuss
N	16.01.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsgrundlagen für eine Vollsanierung beziehungsweise den Neubau der kleinen Sporthalle Feldbreite zu erarbeiten.

Im Vorgriff auf die weiteren Maßnahmen wird die Beschaffung einer mobilen Bühnenanlage und einer Bestuhlung für Veranstaltungen beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Im Rahmen der Beantragung von Landesmitteln für die bauliche Umsetzung der Ganztags-schulkonzeption wurden seitens der Landesschulbehörde für die Sanierung der Bühnenanlage der kleinen Sporthalle, einschließlich einer neuen Bestuhlung, insgesamt 75.250,-- EUR in Aussicht gestellt.

Um die Fördermittel in Anspruch nehmen zu können, müsste die Beschaffung bis Mitte des nächsten Jahres abgeschlossen werden.

Im Rahmen der weiteren verwaltungsinternen Planungen hat sich herauskristallisiert, dass eine Sanierung der Bühnenanlage losgelöst von einer vollständigen Sanierung der Sporthalle nicht sinnvoll ist.

Der schlechte Gesamtzustand der kleinen Sporthalle erfordert entweder eine vollständige Sanierung oder alternativ einen Neubau.

Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass auf die kleine Sporthalle Feldbreite keinesfalls verzichtet werden kann. Die Halle ist ganztägig und vollständig durch schulische Nutzung und durch Vereinssport ausgelastet. In den anderen Sporthallen der Gemeinde sind keine Kapazitäten frei, um gegebenenfalls die Aktivitäten zu verlagern.

Bekanntlich beabsichtigt der VfL - zusätzlich zu den vorhandenen gedeckten Sportstätten - eine eigene Sporteinrichtung in Form eines Anbaus an der großen Sporthalle Feldbreite zu errichten; gleichzeitig wurde eine Mitnutzung der kleinen Sporthalle ausgeschlossen.

Die Verwaltung prüft derzeit die vorhandenen Alternativen und wird dann einen separaten Entwurf zum Raumprogramm vorlegen.

Finanzielle Auswirkungen:

Für 2007 fallen zunächst verwaltungsinterne Kosten an, die allenfalls um die erforderlichen Planungskosten aufzustocken sind.

Nach entsprechender Beschlussfassung durch die politischen Gremien sind gegebenenfalls die Kosten für weitere Maßnahmen in Folgehaushalten zu veranschlagen.

Für die mobile Bühnenanlage und eine Bestuhlung der Sporthalle sind im Haushaltsentwurf 2007 Haushaltsmittel in Höhe von 75.250,-- EUR vorgesehen.

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2006/206

freigegeben am 24.11.2006

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 24.11.2006

Bäderkonzept Hallenbad / Freibad

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	11.12.2006	Kultur- und Sportausschuss
N	16.01.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2007	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Entgelte für die Bäder der Gemeinde Rastede werden zum Beginn der Freibadsaison 2007 wie folgt festgesetzt:

Kartentyp	jetzt	neu
Tageskarte Erwachsene	2,80 €	2,90 €
Tageskarte Kinder/Jugendliche	1,50 €	1,60 €
Zehnerkarte Erwachsene	24,00 €	25,00 €
Zehnerkarte Kinder/Jugendliche	13,00 €	14,00 €
Monatskarte Erwachsene	25,00 €	30,00 €
Monatskarte Jugendliche	13,50 €	15,00 €
4-Monatskarte Erwachsene	67,00 €	96,00 €
4-Monatskarte Jugendliche	36,00 €	48,00 €
Familienkarte	130,00 €	150,00 €
Schulsport/Kindergärten	1,30 €	1,40 €
Kombibecken/Vereine	2,40 €	2,50 €
Vereinskarte Erwachsene	51,00 €	62,00 €
Vereinskarte Jugendliche	27,00 €	31,00 €

2. Für die Sanierung des Fußbodenbelages und der Tresenanlage im Eingangsbereich des Hallenbades werden Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 70.000 EUR zur Verfügung gestellt.
3. Für die Überplanung und Sanierung des Umkleide- und Sanitärbereiches werden zunächst Planungskosten in Höhe von 30.000 EUR in den Haushalt eingestellt. Vorbehaltlich der vorhandenen Haushaltsmittel und eines finanziell tragbaren Konzeptes wird die Durchführung der Arbeiten für das Haushaltsjahr 2008 vorgesehen.
4. Die kombinierte Kassenanlage für das Frei- und Hallenbad wird mit 40.000 EUR im Haushalt 2007 veranschlagt.

Sach- und Rechtslage:

Im Jahr 2002 hat die Verwaltung ein Finanzkonzept für die örtlichen Bäder entwickelt, das in den vergangenen Jahren regelmäßig an die aktuellen Gegebenheiten angepasst und fortgeschrieben wurde. Im Rahmen dieses Finanzkonzeptes haben die politischen Gremien über ein Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramm, einen Finanzentwicklungsplan und die Neukonzeption der Entgelte für die Bäder entschieden.

Im Rahmen dieser Investitionsplanungen wurde in diesem Jahr der Eingangsbereich des Hallenbades saniert, mit freundlichen und hellen Decken, neuer Beleuchtung und einer behindertengerechten Eingangstür ausgestattet. Zusätzlich wurde ein so genannter Sommerkessel eingebaut, der einen wesentlich wirtschaftlicheren Betrieb des Hallenbades während der Sommermonate ermöglicht (Benutzung des Kombibeckens durch Vereine, Duschen der Sauna etc.).

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, im Jahr 2007 die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Eingangsbereich durch Verlegung eines neuen Bodenbelages und den Ersatz der maroden Tresenanlage des Cafes abzuschließen. Um die Kosten für diese Maßnahmen so gering wie möglich zu halten, werden noch Gespräche mit der Betreiberin des Cafes geführt, ob gegebenenfalls Eigenleistungen erbracht werden können und welche Möglichkeiten zur Optimierung der Tresenanlage bestehen, um Investitionskosten einsparen zu können. Eine angemessene Kostenbeteiligung im Rahmen der bestehenden Pachtverträge wird ebenfalls geprüft.

Außerdem ist ein Austausch des vorhandenen Kassenautomaten vorgesehen, da es bei der derzeit verwendeten Anlage immer häufiger zu Störungen kommt, die nicht nur den Badebetrieb nachhaltig beeinträchtigen, sondern auch zu Fehlern bei der Abrechnung führen. Eine moderne Anlage würde daneben eine Personalisierung der Karten (insbesondere der Dauerkarten) ermöglichen, um zum Beispiel verloren gegangene Karten sperren und ersetzen zu können. Neben einer einfacheren Abrechnung könnten wesentlich präzisere Statistikdaten ermittelt werden, um noch stärker auf die Bedürfnisse der Badegäste eingehen zu können.

Zur Abrundung des Modernisierungs- und Investitionsprogramms bleibt als letzter großer Posten die Grundsanierung oder alternativ die konzeptionelle Überarbeitung des Umkleide- und Sanitärbereiches. Hierzu ist zunächst auszuführen, dass die Beleuchtungseinrichtungen im Sanitär- und Umkleidebereich durch die permanent hohe Luftfeuchtigkeit und die stark chlorhaltige Luft bereits stark in Mitleidenschaft gezogen sind und dringend ausgetauscht werden müssen. Diese Arbeiten bringen automatisch eine Sanierung der Deckenanlagen mit sich, da seitens des Gesundheitsamtes bereits darauf hingewiesen wurde, dass die vorhandenen Verkleidungen nicht mehr den aktuellen hygienischen Standards entsprechen.

Das Mobiliar des Umkleidebereiches ist ebenfalls in die Jahre gekommen und zeigt erhebliche Auflösungserscheinungen. Sowohl die Farbgebung als auch die Anordnung in den Samelumkleidebereichen ist nicht mehr zeitgemäß. Von Badegästen wird außerdem immer wieder moniert, dass sowohl im Damen- als auch im Herrenbereich nicht ausreichend Toilettenanlagen und Duschen vorhanden sind.

Die Verwaltung schlägt vor, zunächst die für 2007 vorgesehenen Fachplanungen (Vor- und Nachteile einer Grundsanierung beziehungsweise einer konzeptionellen Umgestaltung) der Sanitär- und Umkleidebereiche in den politischen Gremien zu prüfen, um dann zu entscheiden, welche Lösung insbesondere unter Beachtung wirtschaftlicher Gesichtspunkte im

Jahr 2008 umgesetzt werden soll. Für 2007 werden zunächst Planungskosten in den Haushalt eingestellt und die Fachgremien frühzeitig in die weiteren Planungen eingebunden.

Neben den baulichen Veränderungen wurden und werden weiterhin große Anstrengungen unternommen, um die Attraktivität des Hallenbades hervorzuheben und weiter zu steigern. Eine Reihe sehr unterschiedlicher Faktoren erschweren allerdings diese Bemühungen. So stellt sich immer wieder die Frage, welches Klientel durch die jetzige Hallenbadkonzeption zusätzlich angesprochen werden kann. Das Bad verfügt mit seinen Einrichtungen wie der Wasserrutsche, dem Wintergarten mit Whirlpool und dem Kombibecken über sehr gute Allroundeigenschaften, die sowohl eine familiengerechte als auch eine sportliche Nutzung ermöglichen. Die Gesamtkonzeption lässt eine Spezialisierung auf besondere Bereiche wie Wellness oder Leistungssport nicht zu, so dass neues, besonders "zahlungskräftiges" Publikum schwer zu erreichen ist. Schulpolitische Veränderungen wie die Einführung der Ganztagschule oder Verkürzung der Regelschulzeit an Gymnasien von 13 auf 12 Jahre haben direkten Einfluss auf das Besucherverhalten der gemeindlichen Bäder. Viele Kinder und Jugendliche, die in der Vergangenheit in den Nachmittagsstunden die Bäder aufgesucht haben, bleiben nun aus.

Die Konkurrenz der Nachbarbäder, insbesondere Oldenburg und Wiefelstede ist nach wie vor präsent und nagt ebenfalls, wenn auch nur in einem erträglichen Umfang, an den Besucherzahlen des Hallenbades. Viele der angebotenen Sonderaktionen, wie das Lichterschwimmen erzeugen zwar eine gute Werbewirkung, leider wird der betriebene Aufwand bisher nur selten durch eine entsprechende Besucherresonanz belohnt.

Die jahreszeitlichen Wetterkapriolen stellen ebenfalls ein immer größeres Problem dar. Betrachtet man die letzten Saisonverläufe, so ist festzustellen, dass gerade zum Saisonstart und Saisonende des jeweiligen Bades, ob nun Frei- oder Hallenbad, die Besucherzahlen immer stärker zurückgegangen sind. Es ist einfach nicht planbar, wann der beste Zeitpunkt zum Wechsel gegeben ist. Hier wird seitens der Verwaltung angestrebt, künftig flexibler auf Veränderungen des Wetters zu reagieren und eine "Umschaltung" mit stark verkürzten Vorlaufzeiten zu realisieren. Für 2007 ist vorgesehen, zwischen dem 01.05. und dem 31.05. innerhalb von zwei Tagen flexibel auf die aktuelle Wettersituation zu reagieren und gegebenenfalls vom Hallenbad- auf den Freibadbetrieb zu wechseln. Für den Herbst wird ein ähnliches Modell angestrebt.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat zudem in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass immer weniger Geld für Freizeitaktivitäten ausgegeben wird. Die aktuellen Entwicklungen geben allerdings Anlass zur Hoffnung, dass Mittelfristig eine Trendwende eintritt.

Als Fazit bleibt zumindest für die Hallenbadsaison 2005/2006 festzuhalten, dass die Besucherzahlen leicht rückläufig sind. In diesem Jahr dürfte es schwierig werden, die angestrebten 120.000 Besucher mit einem Einnahmenvolumen von 266.000 EUR zu erreichen.

Als letzte Möglichkeit zur Minimierung der Kosten in diesem Segment wird eine Anpassung (Verringerung) der Öffnungszeiten an das veränderte Besucherverhalten und eine damit verbundene Reduzierung des Bäderpersonals und der Energiekosten gesehen. Zum jetzigen Zeitpunkt wird allerdings seitens der Verwaltung vorgeschlagen, zunächst die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzuwarten und von dieser unpopulären Maßnahme abzusehen. Gerade die große Bandbreite der Öffnungszeiten war und ist ein besonderes Aushängeschild der gemeindlichen Bäder und hebt sie qualitativ und deutlich von anderen Bädern ab.

Ein weiteres Problem stellen die weiter ansteigenden Betriebskosten dar. Insbesondere die gestiegenen und noch weiter steigenden Strom- und Gaspreise verteuern die Betriebskosten des Bades in erheblichem Umfang. Alle Bemühungen, zum Beispiel durch Senkung der Personalkosten oder durch den Einbau des Sommerkessels, die Ausgaben zu optimieren, werden durch diese Preisentwicklung erheblich gestört.

Das im Jahr 2002 gesteckte Ziel, innerhalb von 10 Jahren den jährlichen Zuschuss auf maximal 250.000 EUR zu senken, lässt sich unter diesen Voraussetzungen kaum noch realisieren. Im 2002 vorgestellten Bäderkonzept ist allerdings auch eine regelmäßige Anpassung der Nutzungsentgelte vorgesehen, die bisher nicht in dem seinerzeit angestrebten Umfang umgesetzt worden ist.

Bereits im vergangenen Jahr hat die Verwaltung ausgeführt, dass kein großer Spielraum für Preiserhöhungen gesehen wird, ohne dabei einen weiteren Rückgang der Besucherzahlen in Kauf nehmen zu müssen.

Das derzeit verwendete Entgeltsystem findet durchweg Akzeptanz bei den Besuchern. Eine den ausgeführten Veränderungen angepasste Entgelterhöhung müsste zu einer durchschnittlichen Preissteigerung von ca. 1,50 EUR pro Badegast führen (bei angenommenen 110.000 Besuchern jährlich), um in den Bereich des seinerzeit beschlossenen "gewollten Zuschusses" in Höhe von 250.000 EUR zu kommen. Das wiederum würde für die Einzeleintritte für Erwachsene (ca. 20% der Gesamteinnahmen) zu einer noch wesentlich stärkeren Erhöhung führen.

Eine Preissteigerung in diesem Umfang dürfte allerdings einen Einbruch der Besucherzahlen mit sich bringen, der die vermeintliche Verringerung des Defizits mehr als nur kompensieren würde.

Hier stellt sich nun die Frage nach einer angemessenen Weitergabe der gestiegenen Kosten an die Nutzer des Bades. Hierbei wurde zunächst angedacht, gegebenenfalls die Preisstruktur auf ein zeitlich befristetes System umzustellen. Diese Idee wurde allerdings wieder verworfen, da keine Vorteile für ein Bad in der Größenordnung der Gemeinde Rastede zu erkennen waren. Es gibt kaum Zeiten, zu denen das Bad so stark frequentiert wird, dass eine zeitliche Begrenzung der Eintrittszeiten eine spürbare Entlastung bringen würde. Kosten können bei einer zeitlichen Begrenzung ebenfalls nicht eingespart werden. Es ist nicht erheblich, ob ein Badegast ½ Stunde länger oder kürzer im Bad verweilt, vielmehr ist entscheidend, welche Energiemengen der Gast anschließend unter der Dusche oder z.B. den Haartrocknern verbraucht. Nur wenige Badegäste nutzen speziell das Hallenbad wirklich über einen längeren Zeitraum. Besonders in den Sommermonaten wäre aber eine Abwanderung aus dem Freibad in die dann wesentlich günstigeren Badeeinrichtungen (ohne Zeitlimit) zu erwarten.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, bei der bewährten Preisstruktur zu bleiben und die Eintrittsentgelte mit Beginn der Freibadsaison moderat zu erhöhen. Als psychologische Grenze wird dabei die Festsetzung des Einzeleintritts für Erwachsene von derzeit 2,80 EUR auf 2,90 EUR gesehen. Bei einer Erhöhung deutlich über 3,- EUR ist zu befürchten, dass der hohe Preisunterschied zu direkten Konkurrenzbädern wie Wiefelstede zu einer massiven Abwanderung von Badegästen führt.

Die Preise für Dauerkarten sollten deutlicher angehoben werden, um die derzeit gewährten Preisvorteile gegenüber den Einzeleintritten von bis zu 80% (z.B. einer 100% Ausnutzung einer 4-Monatskarte) stärker abzubauen. Die Verwaltung schlägt folgende Preisstruktur vor:

Kartentyp	jetzt	neu	Preisvorteil zur Tageskarte Erwachsene in %*
Tageskarte Erwachsene	2,80 €	2,90 €	
Tageskarte Kinder/Jugendliche	1,50 €	1,60 €	45
Zehnerkarte Erwachsene	24,00 €	25,00 €	14
Zehnerkarte Kinder/Jugendliche	13,00 €	14,00 €	52 (13)
Monatskarte Erwachsene	25,00 €	30,00 €	65
Monatskarte Jugendliche	13,50 €	15,00 €	83 (69)
4-Monatskarte Erwachsene	67,00 €	96,00 €	72
4-Monatskarte Jugendliche	36,00 €	48,00 €	86 (75)
Familienkarte	130,00 €	150,00 €	Abhängig von der Anzahl der Nutzer!
Schulsport/Kindergärten	1,30 €	1,40 €	(wie 10er-Karte)
Kombibecken/Vereine	2,40 €	2,50 €	(Wie bisher Abrechnung über 10er-Karte)
Vereinskarte Erwachsene	51,00 €	62,00 €	59 (1x wöchentl. Nutzung = 52x)
Vereinskarte Jugendliche	27,00 €	31,00 €	(62) 1x wöchentl. Nutzung = 52x

* Die Berechnung basiert auf einer 100% Nutzung der ermäßigten Karte (z.B. Monatskarte = 30 Besuche des Bades). Die in Klammern geschriebenen Prozentangaben stellen die Relation zum Tageseintritt Kinder/Jugendliche dar.

Im Rahmen der Sitzung wird die Verwaltung ausführlich die Besucherzahlen, die Kostenentwicklungen der Bäder und das Finanz- und Modernisierungskonzept darstellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Sanierung der Tresenanlage und des Fußbodenbelages im Eingangsbereich des Hallenbades werden maximal 70.000 EUR für den Haushalt 2007 vorgesehen.

Die Planungskosten für die Sanierung des Umkleide- und Sanitärbereiches werden mit 30.000 EUR im Haushalt veranschlagt.

Die Kosten für eine kombinierte Kassenanlage belaufen sich auf voraussichtlich 40.000 EUR und werden ebenfalls im Haushalt 2007 eingeplant.

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2006/186

freigegeben am 30.10.2006

GB 1

Sachbearbeiter/in: Herr Hollmeyer, Michael

Datum: 30.10.2006

Haushalt 2007 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	04.12.2006	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	11.12.2006	Kultur- und Sportausschuss
Ö	12.12.2006	Schulausschuss
Ö	08.01.2007	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	09.01.2007	Feuerschutzausschuss
Ö	12.02.2007	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	27.02.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2007	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2007 wird zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Sach- und Rechtslage:

Vorbemerkungen

Die Beratung des Haushalts in den Fachausschüssen und die endgültige Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 erfolgt zu Beginn des Jahres 2007, weil durch die Konstituierung des neu gewählten Rates im November 2006 eine Beratung in 2006 kaum noch und vor allen Dingen nicht zusammenhängend möglich gewesen wäre. Nach dem jetzigen Stand der Terminplanung ist die endgültige Beschlussfassung über den Haushalt für die Sitzung des Rates am 27.02.2007 vorgesehen.

Im vorliegenden Entwurf wurden die inneren Verrechnungen bisher nicht berücksichtigt, da Korrekturen einzelner Haushaltsansätze in den jeweiligen Anteilbudgets das Ergebnis der Verrechnungen noch verändern würden. Nach den Haushaltsberatungen in den einzelnen Fachausschüssen werden die beschlossenen Änderungen und die inneren Verrechnungen in den Haushaltsplan und in die Haushaltssatzung 2007 eingearbeitet.

Über den Wirtschaftsplan des Bauhofes als Optimierter Regiebetrieb wird eine gesonderte Beschlussvorlage erstellt. Der Wirtschaftsplan fließt mit seinem Ergebnis in die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede ein. Insoweit wird der Text der Haushaltssatzung noch ergänzt werden.

Für den Haushalt 2007 gibt es folgende Kernaussagen:

- Der Haushalt ist im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen
- Die allgemeine konjunkturelle Belebung erleichtert den Haushaltsausgleich
- Die Haushaltsplanung 2006 ist mit der für 2007 nicht vergleichbar.
- Der Haushaltsausgleich ergab sich nicht allein aus der Addition der angemeldeten Einnahmen und Ausgaben; er wurde "erarbeitet", wobei folgende Ziele formuliert und konsequent verfolgt wurden:
 - Der Haushaltsausgleich muss erreicht werden
 - Ausgaben werden nur dann veranschlagt, wenn sie unbedingt erforderlich sind. Wünsche werden nicht erfüllt.
 - Eine Anhebung von Steuersätzen kommt nicht in Betracht.
 - Die Gebührensätze sind weiterhin grundsätzlich kostendeckend.
 - Es werden keine Kreditmarktmittel in Anspruch genommen
 - Investitionen werden nur getätigt, wenn sie unbedingt erforderlich sind.
 - Darüber hinaus kommen Investitionen nur in Betracht, wenn sie unter Aufwands Gesichtspunkten Vorteile für den Verwaltungshaushalt bringen (z.B. Energieeinsparung)
 - Haushaltsreste werden in 2006 nur im erforderlichen Umfang gebildet, d.h. der Haushaltsplan 2006 ist so umfangreich wie möglich zu erfüllen und ein Vorziehen von Maßnahmen des Jahres 2007 kommt nicht in Betracht.
- Eine Sondertilgung von Krediten gibt es im Hinblick auf die Vermeidung von Kreditaufnahmen durch die Rücklagenentnahme nicht (siehe hierzu weiter unten die Aussagen zu den Krediten und dem Finanzplan)

Ergebnis der Haushaltsplanung

Die Haushaltsplanungen 2006 und 2007 lassen sich miteinander nicht vergleichen. Damit verbietet sich die Übertragung von Planungsüberlegungen und -handlungen des Jahres 2006 nach 2007. Die Haushaltsplanung 2006 stand unter dem Einfluss, dass in 2005 zu einem bestimmten Zeitpunkt (vor 01.10.05) unerwartet erhebliche Mehreinnahmen bei den Gewerbesteuern zu verzeichnen waren. Die Systematik der Gewerbesteuerumlage hat dazu geführt, dass in 2005 erheblich mehr als notwendig Gewerbesteuerumlage gezahlt werden musste, welche allerdings in 2006 erstattet und zumindest in diesem Punkt zu einer Entlastung des Verwaltungshaushaltes in 2006 geführt hatte. Außerdem kam die Systematik des Finanzausgleichs zum Tragen, dass aufgrund der erheblich gestiegenen Steuerkraft die Schlüsselzuweisungen in 2006 deutlich sinken würden. Auf diese unerwartete Situation konnte die Gemeinde in 2005 nur in der Weise reagieren, dass für 2006 vorgesehene Ausgaben noch nach 2005 vorgezogen werden. Die Haushaltsmittel dafür standen durch die Mehreinnahmen ja zur Verfügung und blieben so für den Verwaltungshaushalt erhalten. Diese Vorgehensweise hat dazu geführt, dass die Ausgaben-Veranschlagungen im Verwaltungshaushalt ganz erheblich reduziert und dadurch der Haushalt 2006 ausgeglichen werden konnte.

Die Planungssituation 2007 lässt sich mit der von 2006 nicht vergleichen. Zwar wird in 2006 auch wieder eine hohe Einnahme im Bereich Steuern erwartet, aber ein sprunghafter Anstieg, der die Bemessungsgrundlagen für allgemeine Deckungsmittel so negativ beeinflusst, ist aufgrund einer relativen Gleichmäßigkeit der Einnahmen nicht zu erwarten. Außerdem hätte es keinen Sinn gemacht, erhebliche für das Haushaltsjahr 2007 vorgesehene Ausgaben vorzuziehen, weil eine entsprechende "Abarbeitung", wie sie entsprechend in 2005 noch für möglich gehalten wurde, nicht hätte geleistet werden können. Dies war auch der Grund, warum in 2005 noch erhebliche Ausgabereste nach 2006 gebildet werden mussten.

Folglich musste der Haushaltsausgleich 2007 aus "eigener" Kraft erzielt werden. Hilfreich hierbei war die Entwicklung der konjunkturellen Situation, die zu einer Verbesserung des Saldos bei den Allgemeinen Deckungsmitteln von rd. 1,6 Mio Euro gegenüber dem Vorjahr führt. Diese Verbesserung reicht aber trotzdem nicht aus, den Verwaltungshaushalt "unbeschwert" auszugleichen. Ausgabendisziplin, Beschränkung auf das Erforderliche und die Absage an Wunscherfüllung waren erforderlich, um den Haushaltsausgleich zu erreichen. Zu groß ist bspw. noch der Druck, gerade im Unterhaltungsbereich mehr als erforderlich zu sparen.

Nachfolgend werden einige grundlegende Anmerkungen zum Haushalt 2007 gemacht, die in der Finanzausschusssitzung weiter auszuführen sind.

Verwaltungshaushalt

Das Haushaltsvolumen umfasst ohne innere Verrechnungen 21.985.700 Euro. In Verbindung mit der Einführung der neuen Software für die Durchführung des SGB II, SGB XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes beim Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden werden die Einnahmen und Ausgaben im Bereich Soziales ab Februar 2006 nicht mehr über den Haushalt der Gemeinde Rastede, sondern direkt über den Kreishaushalt abgewickelt. Aufgrund dieser Neuerung wird sich das Einnahme- und Ausgabevolumen im Verwaltungshaushalt entgegen der noch im Haushaltsplan 2006 veranschlagten Ansätze um ca. 6.500.000 € reduzieren.

Aufgrund der vorliegenden aktuellen Orientierungsdaten für 2007 wird eine Verbesserung bei den Allgemeinen Deckungsmitteln erwartet. Diese optimistische Einschätzung ist, wenn auch vorsichtig, bei der Ermittlung der Ansätze berücksichtigt worden.

Einzelheiten

Verwaltungshaushalt			2006	2007	
			Ansatz	Ansatz	Veränderung gegenüber Ansatz 2006
Einnahmen					
9000	000000	Grundsteuer A	156.000	144.000	-12.000
9000	001000	Grundsteuer B	1.950.000	2.025.000	75.000
9000	003000	Gewerbesteuer	4.475.000	5.500.000	1.025.000
9000	160000	Erstattung Gew.St.-umlage	465.000	--	--
9000	010000	Einkommensteuerbet.	3.809.200	4.256.900	447.700
9000	012000	Umsatzsteuerbet.	328.400	420.100	91.700
9000	021000	Vergnügungssteuer	21.000	16.500	-4.500
9000	022000	Hundesteuer	51.500	52.000	500
9000	041000	Schlüsselzuweisungen	925.300	1.139.000	213.700
9000	061000	Zusch. übertr. WK	322.100	326.000	3.900
		Summe	12.503.500	13.879.500	1.841.000
Ausgaben					
9000	810000	Gewerbesteuerumlage	1.068.300	1.313.000	80.200
9000	832000	Kreisumlage	4.563.900	4.738.400	736.700
		Summe	5.632.200	6.051.400	816.900
		Saldo	6.871.300	7.828.100	1.024.100

Beteiligung an der Einkommen- und Umsatzsteuer:

Die Höhe der Beteiligung an der Einkommen- und der Umsatzsteuer richtet sich nach der letzten Steuerschätzung und den fortgeschriebenen Orientierungsdaten. Die Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2006 (regionalisierte Ergebnisse) liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor, jedoch ist eine positive Entwicklung unverkennbar. Weil zudem gegenüber dem Haushaltsansatz für 2006 in 2006 bereits mit einer Mehreinnahme i. H. v. rund 550.000 Euro gerechnet wird, hat die Verwaltung bei der Veranschlagung die positive Einschätzung der Orientierungsdaten übernommen.

Schlüsselzuweisungen:

Zum jetzigen Zeitpunkt steht die für die Berechnung der Schlüsselzuweisung erforderliche Höhe des Grundbetrages noch nicht fest. Auf der Basis der vorliegenden Orientierungsdaten, die einen Anstieg der Ausgleichsmasse ausweisen, wurde im Rahmen des ersten Haushaltsplanentwurfes ein Grundbetrag i. H. v. 581 Euro (2006 = 563,60 Euro) für die Berechnung der Schlüsselzuweisung zu Grunde gelegt. Nähere Ausführungen zu dem gemeindlichen Veranschlagungsverfahren werden in der Sitzung gemacht. Hinzuweisen ist darauf, dass die Verwaltung zum ersten Mal optimistischer vorgegangen ist als in den Vorjahren.

Gewerbsteuer:

Schwierig gestaltet sich eine Vorausschau hinsichtlich der Entwicklung der Gewerbsteuer. Nachdem das Anordnungssoll der Gewerbsteuer für 2005 im Ergebnis mit 6.826.297 Euro deutlich höher ausgefallen ist, wie im Haushaltsplan veranschlagt (3.789.800 Euro), setzt sich diese Entwicklung verhalten auch in 2006 fort. Die Verwaltung hält es deshalb für vertretbar, wenn für 2007 ein Einnahmenvolumen i. H. v. 5.500.000 Euro veranschlagt wird. Bei der Gewerbsteuer ist aber in Erinnerung zu rufen, dass von jedem Euro Gewerbsteuer nur ein geringer Teil bei der Gemeinde verbleibt. Die Gewerbsteuer ist eingebunden in das Finanzausgleichssystem, sie wird bei der Kreisumlage berücksichtigt, und für die Gewerbsteuer ist eine Gewerbesteuerumlage zu zahlen. Aufgrund dessen darf die Entwicklung der reinen Gewerbesteuererinnahmen nur im Verbund der anderen Einnahmen und Ausgaben der allgemeinen Deckungsmittel betrachtet werden.

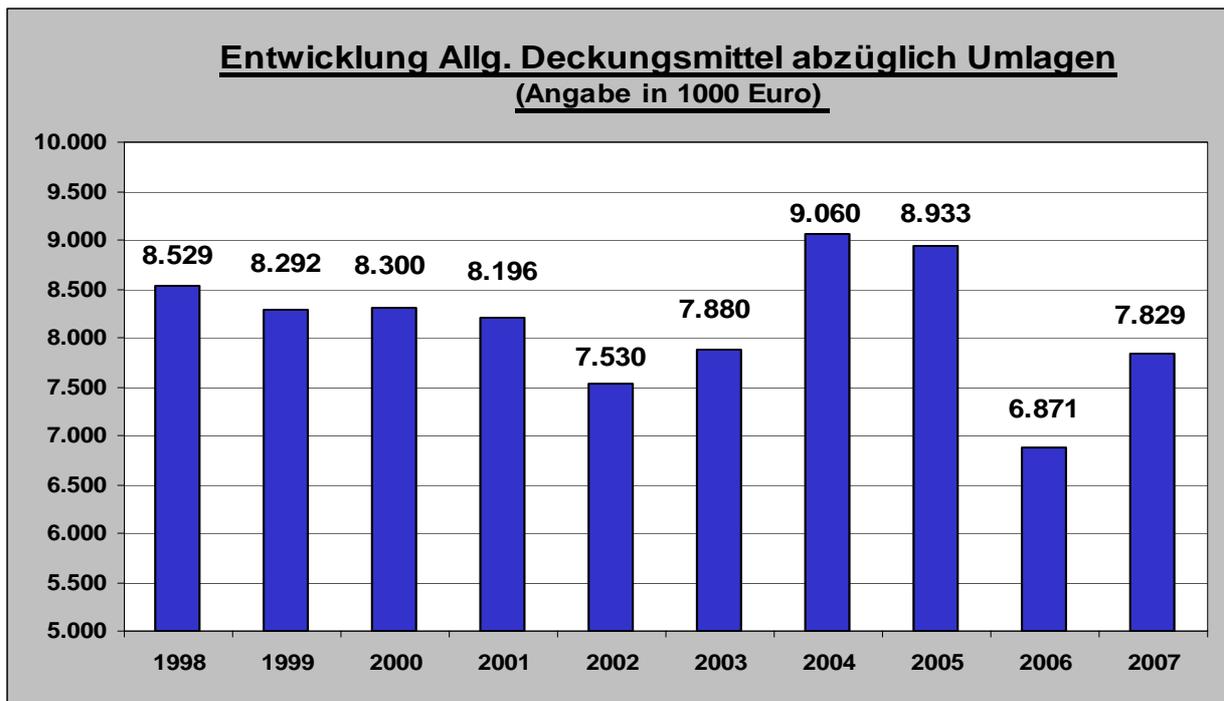
Umlagen:

Der entscheidende Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage beträgt für das Haushaltsjahr 2007 insgesamt wie 2006 wieder 74 Prozentpunkte. Angewendet auf das eingeplante Gewerbesteueraufkommen für 2007 (unter Berücksichtigung des Hebesatzes von 310 Prozent) ergibt sich eine Gewerbesteuerumlage i. H. v. 1.313.000 Euro. Damit verschlechtert sich das Verhältnis von Gewerbsteuer und Gewerbesteuerumlage im Vergleich zu 2006 nicht.

Die Kreisumlage beträgt nach jetzigem Kenntnisstand weiterhin 37 Prozentpunkte. Unter Berücksichtigung der aktuellen Steuerkraft der Gemeinde Rastede wurde für 2007 eine Kreisumlage i. H. v. 4.738.400 Euro veranschlagt.

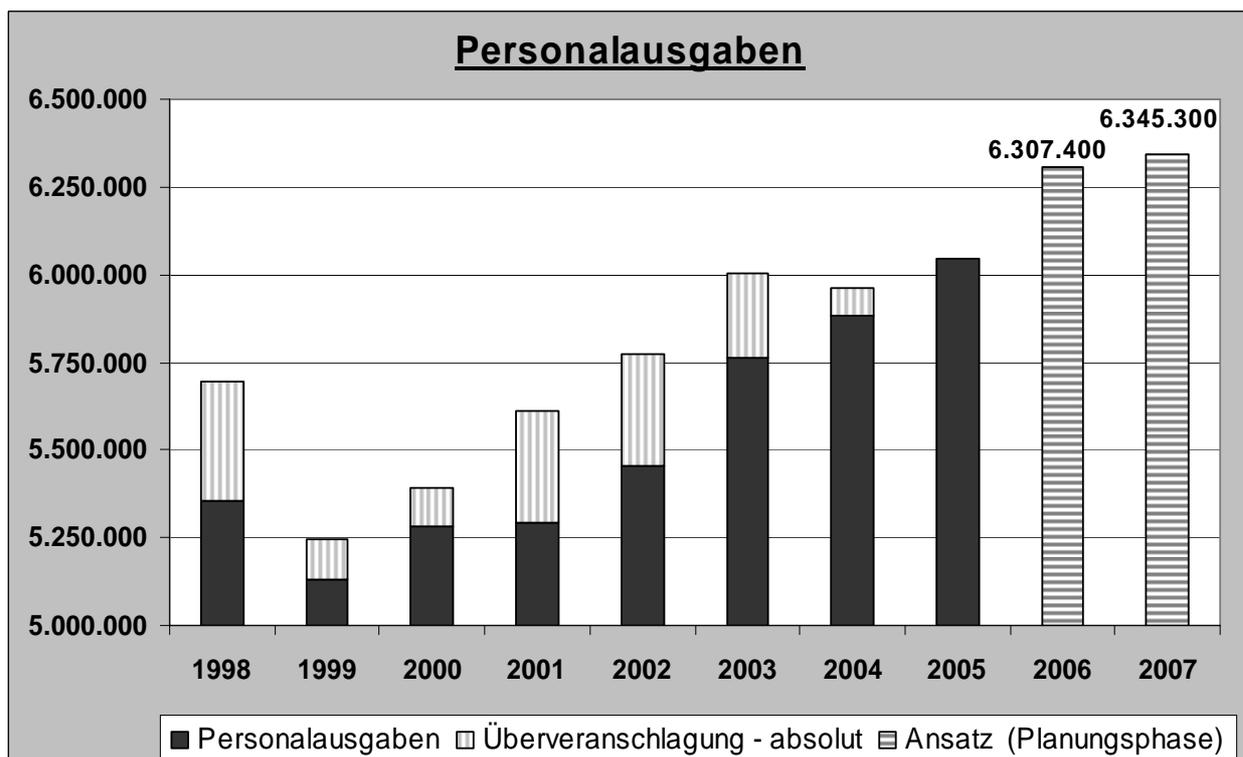
Allgemeine Deckungsmittel in der Gesamtheit:

In der nachfolgenden Grafik wird die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel (Steuern + Schlüsselzuweisungen - Gewerbesteuerumlage - Kreisumlage), die rd. 35 % an dem Haushaltsvolumen (ohne innere Verrechnungen und Nettoinvestitionsrate) ausmachen, dargestellt. Für 2006 wird ein höherer Saldo erwartet als dies die Plandaten ausweisen.



Personalkosten:

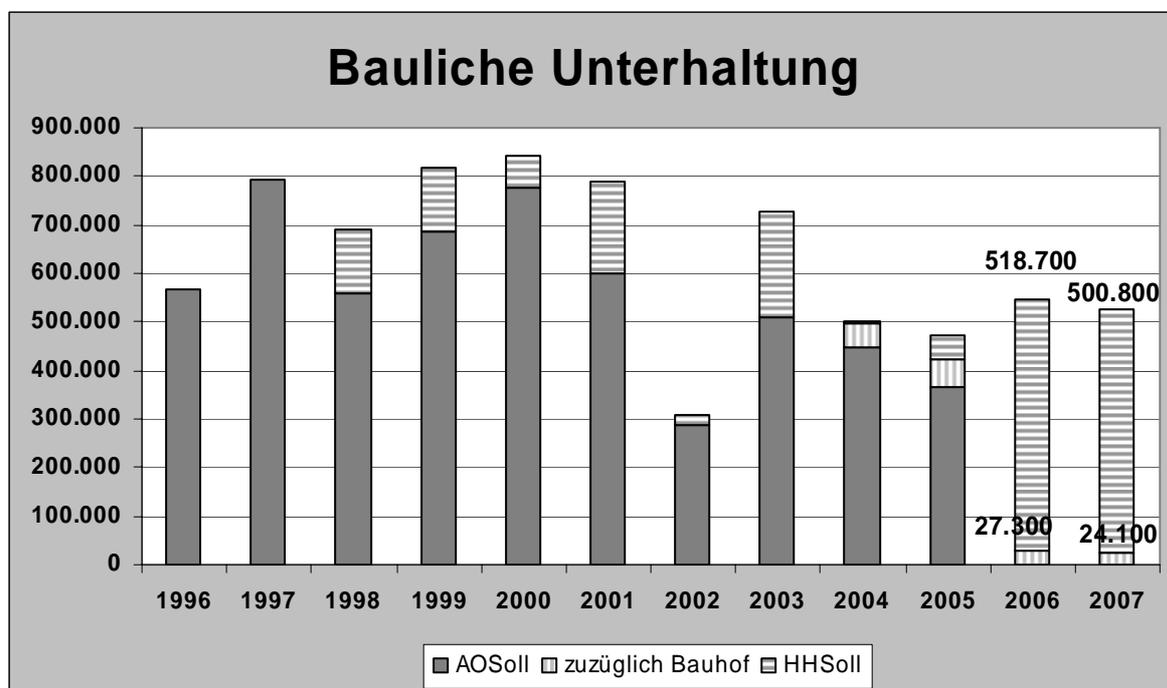
Für das Haushaltsjahr 2007 wurden insgesamt 6.345.300 Euro an Personalkosten veranschlagt. Dies ist gegenüber dem Ansatz für 2006 eine Steigerung von 37.400 Euro. Der Anstieg der Personalkosten ist vorrangig durch die Einstellung von zwei neuen Mitarbeitern zur Gehwegsanierung begründet. Veränderungen innerhalb der Budgets ergeben sich durch Veränderungen bei den Personalanteilszuordnungen zu den Budgets und im Übrigen durch tarifrechtlichen Notwendigkeiten. Die im Budget 8800 eingerichtete Haushaltsstelle 0200.4141 - Leistungsentgelt trägt der tariflichen Forderung nach der Zahlung von Leistungsentgelten ab 2007 Rechnung. Hierbei handelt es sich nicht um eine Mehrausgabe, weil die entsprechenden Mittel bei allen anderen Budgets anteilig abgezogen wurden.



Der Stellenplan und die dazu gehörigen Erläuterungen sind der Vorlage beigefügt (siehe Anlage 5 und 6).

Bauliche Unterhaltung:

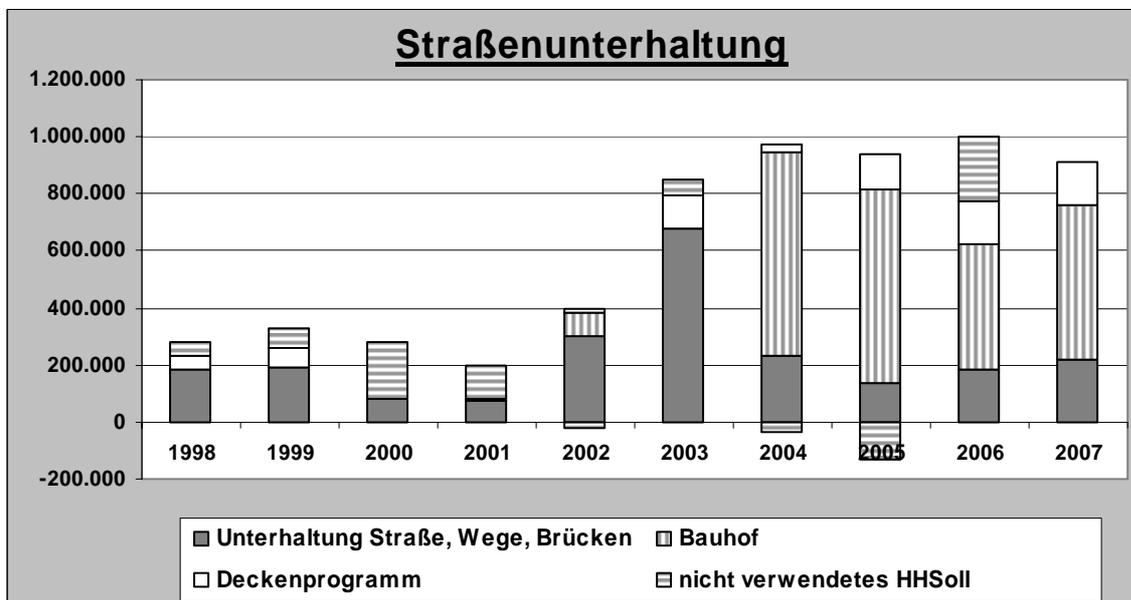
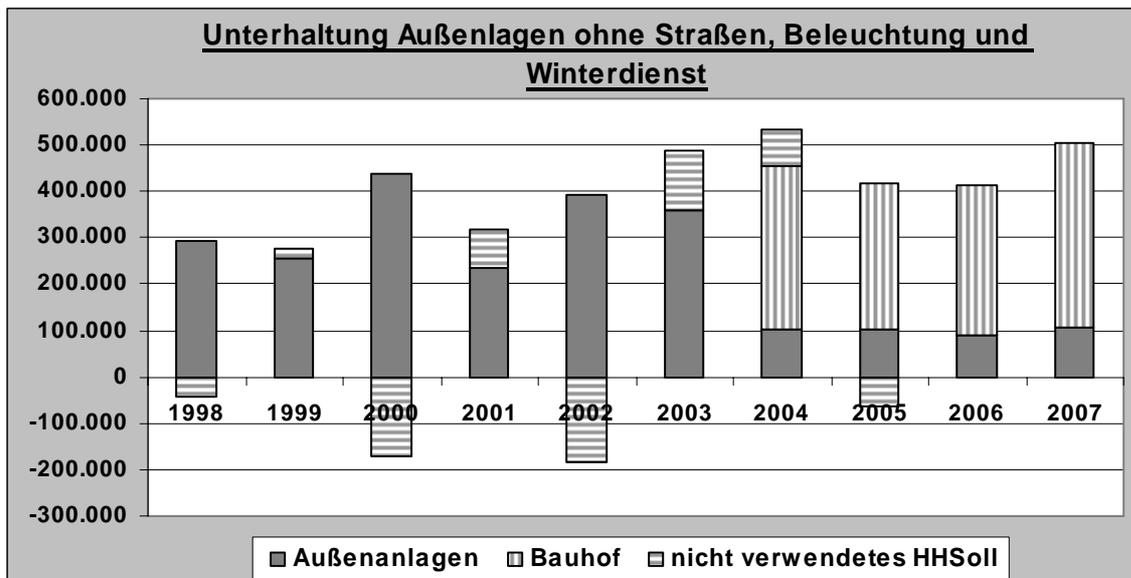
Das Ausgabevolumen für die bauliche Unterhaltung beträgt in 2007 insgesamt 624.300 Euro. Hinter den einzelnen Ansätzen stehen überwiegend Pflichtausgaben, wie z. B. die vorgeschriebenen Wartungen von technischen und baulichen Einrichtungen. Darüber hinaus mussten, wie üblich, für unvorhersehbare Maßnahmen Pauschalansätze bei den einzelnen Haushaltsstellen gebildet werden. Diese orientieren sich an den Durchschnittskosten der Vorjahre. In der nachstehenden Grafik wurden allerdings solche Ausgaben nicht berücksichtigt, die als Sanierungen verstanden werden und demzufolge im Vermögenshaushalt veranschlagt wurden. Der Veranschlagung liegen, abgesehen von den Pauschalen, konkrete Maßnahmen zu Grunde, die im Rahmen der Fachausschusssitzungen erläutert werden.



Unterhaltung von Außenanlagen

Für die Unterhaltung der Außenanlagen (ohne Straßen) ist ein Ausgabevolumen i. H. v. insgesamt 545.700 Euro vorgesehen. Davon gehen 395.400 Euro an den Bauhof für die von dort zu verrichtenden Unterhaltungsmaßnahmen. Den Leistungen des Bauhofes liegt ein festes Auftragsprofil zu Grunde, welches sich im Wirtschaftsplan des Bauhofes widerspiegelt. Die übrigen Unterhaltungsarbeiten beschränken sich auf unumgängliche Maßnahmen, die im Laufe der Fachausschussberatungen erläutert werden.

Für die Unterhaltung der Straßen wurde im Verwaltungshaushalt ein Ausgabevolumen i. H. v. insgesamt 758.500 Euro veranschlagt. Hiervon sind 538.500 Euro für den Bauhof vorgesehen. Des Weiteren sind im Vermögenshaushalt 150.000 Euro für spezielle Sanierungsmaßnahmen (Deckenprogramm) veranschlagt. Die konkreten Unterhaltungsarbeiten sind im Laufe des Haushaltsjahres 2007 festzulegen.

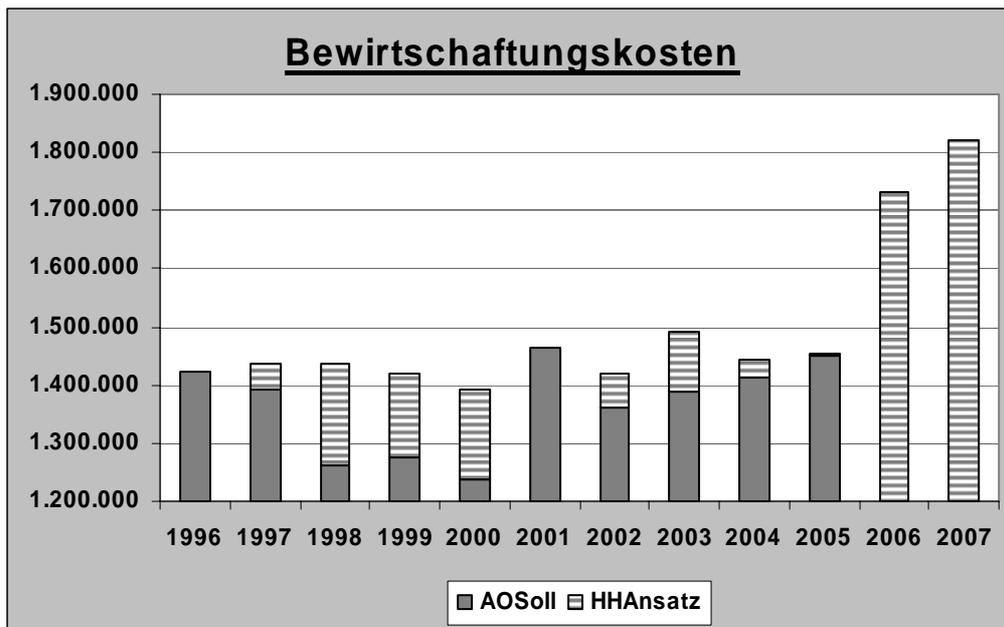


Bewirtschaftungskosten:

Das Ausgabevolumen bei den Bewirtschaftungskosten wurde i. H. v. 1.822.000 Euro veranschlagt. Die eingeplanten Mehrausgaben i. H. v. 89.300 Euro gegenüber dem Ansatz 2006 sind vorrangig auf die zu erwartenden steigenden Energiekosten und auf die Erhöhung der Umsatzsteuer zurückzuführen.

Bei diesem Ansatz werden die unterschiedlichsten Arten von Kosten veranschlagt (Strom, Gas, Wasser, Abgaben, Versicherungen usw.). Die nachfolgende Grafik zeigt die erhebliche Bedeutung dieser Ausgaben für den Haushalt.

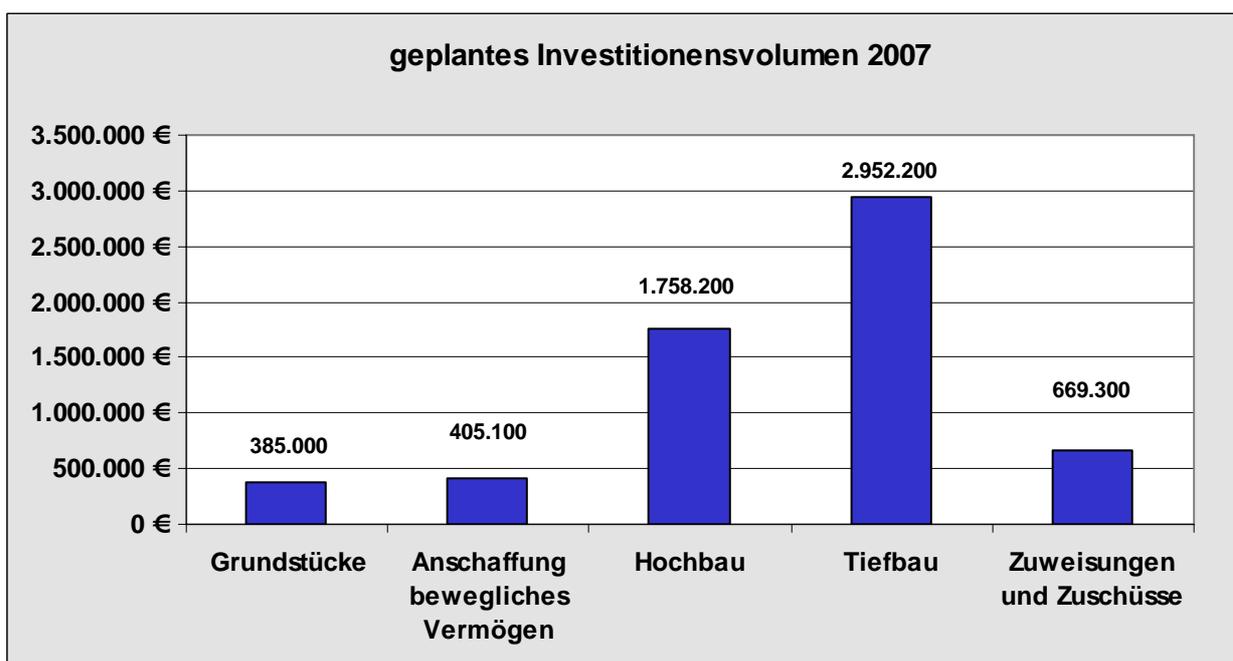
In den vergangenen Jahren wurden erhebliche, wenn auch sicherlich noch nicht abschließende, Anstrengungen unternommen, die Bewirtschaftungskosten zu senken. Insbesondere die Kostensteigerungen und nicht zuletzt die Anhebung der Umsatzsteuer heben die Erfolge im Sinne des Ziels einer Umkehr der Kostenentwicklung aufgehoben. Im Bereich der Energieeinsparung liegt deshalb für die Zukunft ein besonderes Betätigungsfeld, weshalb die Verwaltung im Rahmen der Veranschlagung von Ausgaben im Vermögenshaushalt insbesondere solche Investitionen zulassen möchte, die positive Auswirkungen für den Aufwandsbereich haben.



Vermögenshaushalt

Das Volumen des Vermögenshaushaltes beträgt 6.614.500 Euro. Bei einem Investitionsvolumen i. H. v. 6.170.000 Euro ist nach jetzigem Planungsstand eine Entnahme aus der Rücklage i. H. v. 1.875.000 Euro veranschlagt, um die Finanzierung mit Kreditmarktmitteln zu vermeiden. Eine Kreditfinanzierung ist für 2007 lediglich im Rahmen der Kreisschulbaukasse i. H. v. 434.600 Euro eingeplant.

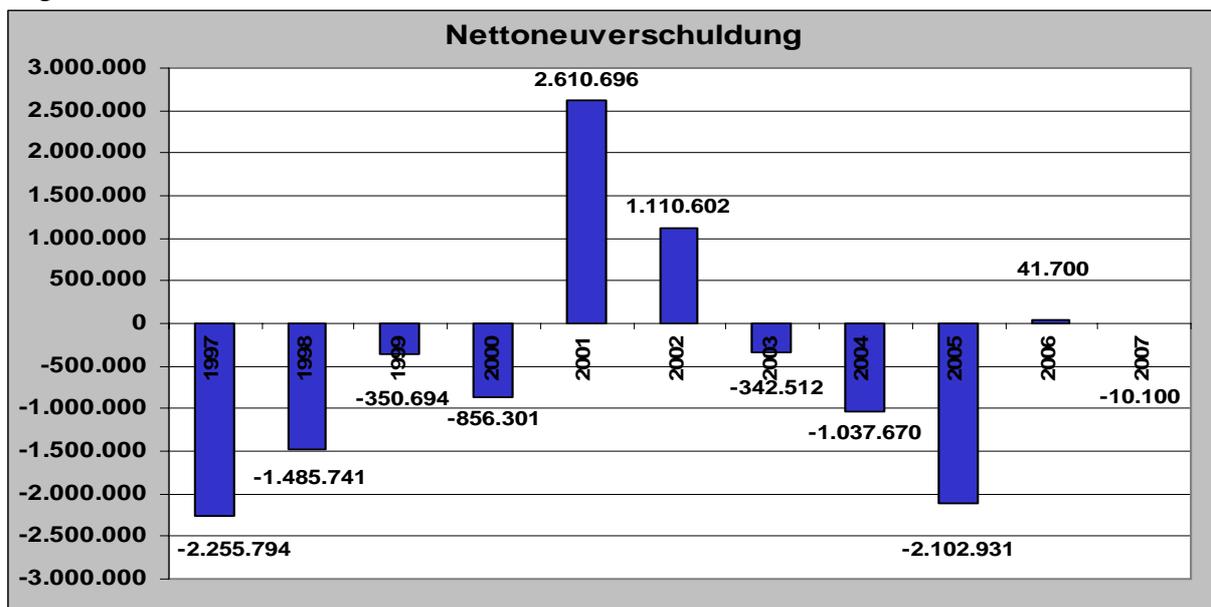
Das geplante Investitionsvolumen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr beträgt 6.170.000 Euro. Es wird darauf hingewiesen, dass grds. nur Investitionsmaßnahmen in den Haushalt 2007 aufgenommen worden sind, für die eine Beschlusslage vorliegt, die unbedingt erforderlich sind und solche, die z.B. durch Energieeinsparungen eine Reduzierung von Ausgaben im Verwaltungshaushalt zur Folge haben. Hierzu zählt z.B. der Austausch der Glaswand im Treppenhaus des Rathauses. Die einzelnen eingeplanten Investitionsmaßnahmen werden in den Fachausschussberatungen angesprochen. In der folgenden Grafik ist die Aufteilung des Investitionsvolumens auf die einzelnen Bereiche dargestellt:



Kreditaufnahme:

Für 2007 ist entsprechend der Zielbeschreibung lediglich eine Kreditaufnahme im Rahmen der Kreisschulbaukasse i. H. v. 434.600 Euro vorgesehen. Unter Berücksichtigung der eingeplanten Tilgungsleistung kann für das Haushaltsjahr 2007 eine Nettoneuverschuldung i. H. v. - 10.100 Euro ausgewiesen werden.

Der Kreditverzicht ist nur möglich durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage. Insofern ist festzustellen, dass der Vermögenshaushalt keine ausreichende Eigenfinanzierungskraft besitzt. Dies liegt daran, dass die Einnahmen aus Beiträgen, Zuschüssen und Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken die Ausgaben nicht decken können. Da auch keine Nettoinvestitionsrate veranschlagt werden konnte, muss die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden, welche glücklicherweise in ausreichender Höhe Mittel zur Verfügung hat. Was die weitere Schuldenentwicklung betrifft, wird auf die Ausführungen zum Finanzplan hingewiesen.



Schuldenentwicklung:

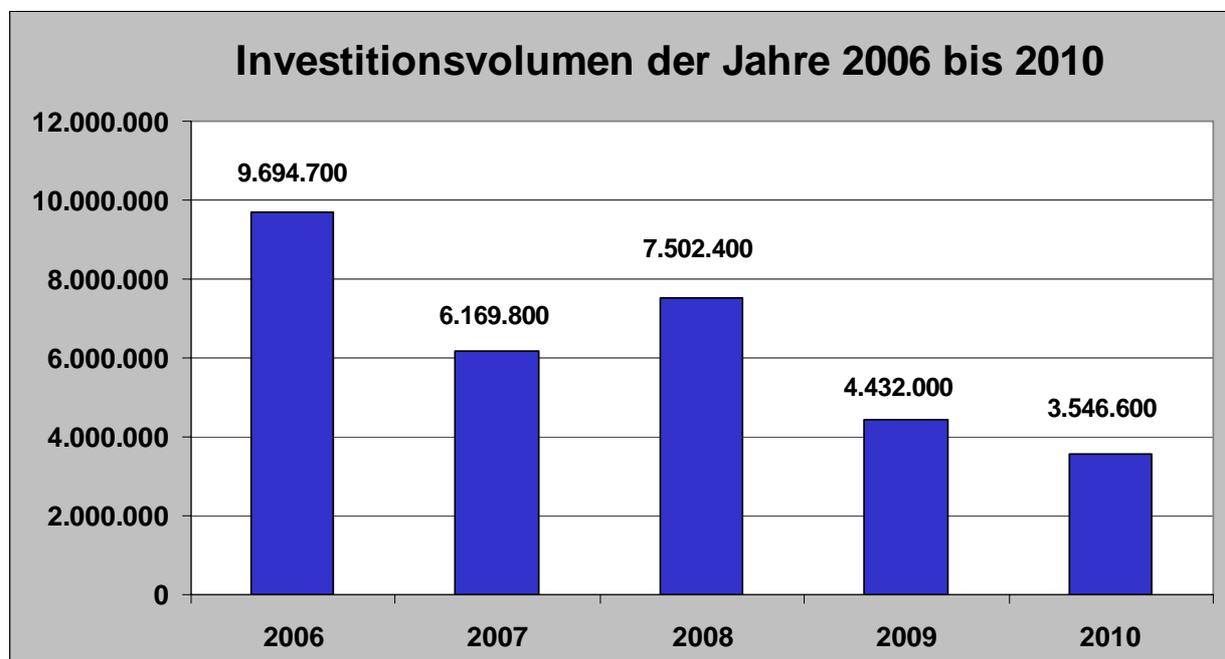
Die Entwicklung des Schuldenstandes jeweils zum 31.12. eines Haushaltsjahres kann der folgenden Grafik entnommen werden:



Spielraum für Sondertilgungen ist in Anbetracht des Finanzplanes aus derzeitiger Sicht mindestens sehr kritisch zu prüfen. 2007 würde es zudem auch an einem Zinsanpassungstermin mangeln. Erfreulich ist, dass die Verschuldung nicht zunimmt. Der Preis dafür ist die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage ("Ersparnisse")

Investitionsprogramm:

Im Investitionsprogramm ist gegenüber den Haushaltsjahren 2007 und 2008 eine deutliche Reduzierung des Investitionsvolumens für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 erkennbar. Dies ist darin begründet, dass nur die zum jetzigen Zeitpunkt bekannten notwendigen Investitionsmaßnahmen in das Investitionsprogramm aufgenommen worden sind. Es wurde davon abgesehen, denkbare, aber noch nicht konkret für die Beratung in den politischen Gremien aufbereitete Maßnahmen in das Programm aufzunehmen. Das Investitionsprogramm ist als Anlage 3 beigefügt. Die folgende Grafik zeigt das Investitionsvolumen des Finanzplanungszeitraumes 2006 bis 2010 auf:



Finanzplan:

Der Finanzplan kumuliert die Mittelanmeldungen für das Haushaltsjahr 2007 und die Folgejahre 2008 bis 2010. Die für die Mittelanmeldungen zuständigen Fach- bzw. Geschäftsbereiche wurden im Rahmen der Haushaltsplanung aufgefordert, die Entwicklung der einzelnen Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen einzuschätzen und diese bei den Mittelanmeldungen entsprechend zu berücksichtigen. Der Finanzplan spiegelt somit die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben zukünftiger Haushaltsjahre wieder. Der Finanzplan ist als Anlage 2 beigefügt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Gemeinde ihre Konsolidierungsüberlegungen mit dem Abschluss des Haushaltskonsolidierungskonzepts noch nicht zu den Akten gelegt hat. Es besteht das Einvernehmen zwischen Verwaltung und Politik, den Konsolidierungsgedanken weiterhin zu verfolgen.

Es trifft zwar zu, dass in den letzten Jahren durch die Bauentwicklungs- und Ansiedlungspolitik eine Zunahme der Einwohner zu verzeichnen ist, aber die demografischen Entwicklungsprognosen sind grundsätzlich nicht positiv. Vor allem deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, die Gemeinde attraktiv zu halten. Die Bewahrung der Attraktivität bedeutet inhaltlich überwiegend nicht, noch mehr an Angeboten und Einrichtungen zu schaffen, sondern das Geschaffene instand- und attraktiv zu halten und weiter zu entwickeln. Es muss also gelingen, einen Haushalt aufstellen zu können, der insbesondere der Unterhaltung sämtlicher Anlagen und Einrichtungen Rechnung trägt und sich auf Investitionen beschränkt, die sich selbst finanzieren (z.B. die Erschließung von Bauland). Soweit sich selbst nicht tragende Vermögenswerte geschaffen werden, muss darauf geachtet werden, dass der Aufwandshaushalt (Verwaltungshaushalt) dauerhaft die Haushaltsmittel für die Herstellung und Unterhaltung erwirtschaftet.

Betrachtet man den Finanzplan, dann wird deutlich, dass die Selbstfinanzierungskräfte des Vermögenshaushaltes nicht ausreichen, in den nächsten Jahren eine Kreditfinanzierung zu vermeiden. Die angesammelte Rücklage ist nach dem Stand der heutigen Kenntnisse in der Lage, eine Kreditvermeidung zu unterstützen, aber dies gelingt nur bis in das Jahr 2008 hinein. Dann darf bei der Betrachtung des Finanzplanes nicht vergessen werden, dass das Investitionsprogramm lediglich beschlossene und notwendige Investitionen berücksichtigt. Das bedeutet, dass jede zusätzliche Investition auf ihre Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit hin besonders geprüft werden muss.

Zuletzt ist noch darauf hinzuweisen, dass nach der bisherigen Beschlusslage ab 2009 erstmalig ein Haushaltsplan nach den Grundsätzen des neuen Haushaltsrechts vorgelegt werden wird. Dann werden zum ersten Mal die Vermögenswerte und deren Entwicklung in die Haushaltsplanung und damit in den Haushaltsausgleich einbezogen. Auch deshalb ist es für die Gemeinde Rastede wichtig, an dem Konsolidierungsgedanken trotz gegenwärtiger Entspannung in der Wirtschaft festzuhalten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

1. Entwurf der Haushaltssatzung 2007
2. Finanzplan
3. Investitionsprogramm
4. Regelungen und Erläuterungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes der Gemeinde Rastede, soweit sie haushaltsrechtlich bedeutsam sind.
5. Stellenplan
6. Erläuterungen zum Stellenplan
7. Entwurf des Haushaltsplanes 2007 (wird gesondert in Papierform zugestellt)